



# Nationalrat streitet über Solarkraft, Naturschutz und neue AKW

Schon der erste Tag der Monsterdebatte über die Energiewende machte deutlich, um welche Knackpunkt es geht.

## Stefan Bühler

Lange vor der Energiekrise hat der Bundesrat das «Gesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» verabschiedet. Das Ziel: Die Energiewende bis 2050 schaffen mit dem Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und der Atomkraft.

Dann befasste sich der Ständerat damit, zunächst gemächlich – bis Ukraine-Krieg und ein drohendes Blackout die Schwächen der Schweizer Energieversorgung schonungslos offenlegten. Im Krisenmodus verabschiedete der Ständerat das überarbeitete Gesetz im September.

Nun beugt sich der Nationalrat darüber. Es wird eine Monsterdebatte an drei Tagen. Und schon in der Eintretensdebatte am Montagabend zeigte sich, worüber diese Woche besonders gestritten werden dürfte:

- Was ist wichtiger: Die Stromproduktion oder Umwelt- und Landschaftsschutz?
- Wie stark und wie schnell soll der Energieverbrauch mit Vorschriften zur Energieeffizienz reduziert werden?
- Braucht es eine Solarpflicht auf Neubauten, Parkplätzen sowie bestehenden Gebäuden mit einer Fläche über 300 Quadratmetern?
- Ist die Energiewende mit Solar-, Wind- und Wasserkraft realistisch oder braucht es neue Atomkraftwerke?

Eröffnet hat die Debatte Roger Nordmann als Sprecher der Umwelt- und Energiekommission (Urek). Er zeigte auf, welche Anstrengungen nötig sind, um die Dekarbonisierung bis 2050 zu schaffen: einen Zubau um 9 Prozent der Wasserkraft und den Ausbau der erneuerbaren Energien um den Faktor 9 von 5 auf 45 Terawattstunden. «Es geht darum, ehrgeizig zu sein», folgte Nordmann.

Für die SP bezeichnete die Berner Nationalrätin Nadine Masshardt die Vorlage als «gangbaren Kompromiss», mit dem Nutz- und Schutzanliegen berücksichtigt würden. Wichtig sei, wie bei den 15 Wasserkraftprojekten, auf deren Realisierung sich Energieunternehmen und Umweltverbände an einem runden Tisch geeinigt haben, «dass auch Ausgleichsmassnahmen realisiert werden». Unzufrieden zeigte sich die SP-Sprecherin in einem Punkt: Das grosse Potenzial der Energieeffizienz werde ungenügend berücksichtigt, hier werde die SP weitere Vorschläge einbringen.

## «Nur Wind-, Wasser- und Solarkraft ist unrealistisch.»

Christian Imark  
(SVP/SO)

Zufrieden zeigte sich auch der Freisinnige Jacques Bourgeois. Er plädierte für eine pragmatische Politik und hob hervor, wie wichtig die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren sei. Er forderte eine Energiewende, die auf Anreize setzt, nicht auf Verbote. Zudem sei es nun wichtig, mit der EU rasch ein Stromabkommen abzuschliessen.

## Rösti mit klarer Botschaft an seine SVP – und die Linken

Zwar sprach sich auch die SVP dafür aus, auf die Vorlage einzutreten. Doch Christian Imark warnte bereits, dass seine Partei das Gesetz ablehnen werde, sollte die Solarpflicht für Gebäude darin enthalten bleiben. Eine Absage erteilte er auch der Idee, die Energiewende allein mit den Erneuerbaren zu schaffen: «Nur Wind-, Wasser- und Solarkraft ist unrealistisch», es brauche zwei oder drei neue AKW in der Schweiz.

Darauf reagierte Bastien Girod von den Grünen mit dem Vorwurf, es sei absurd, sich gegen Solarpflicht auf Parkplätzen zu stellen und zugleich den Schutz nationaler Biotope in Frage zu stellen oder neue AKW zu fordern. Vorbehalte gegen die Solarpflicht an bestehenden Gebäuden meldete freilich auch die Mitte an. Diese Bestimmung habe das Zeug, die Vorlage zum Absturz zu bringen: «Es braucht jederzeit genügend Strom aus sicherer, sauberer, möglichst in-



ländischer und günstiger Produktion», nannte Mitte-Sprecher Nicolo Paganini der Gesetzesreform.

Damit setzte er den Ton für Energieminister Albert Rösti, der im Herbst noch als Nationalrat an der Vorlage mitarbeitete – selbstverständlich im Sinne

seiner SVP. Nun aber erteilte er deren Forderungen nach neuen AKW eine Absage. Zwar behalte sein Departement auch diese Technologie im Auge, doch «das ist jetzt nicht Teil dieser Vorlage», sagte er ans rechte Lager gerichtet. Von den Linken forderte er derweil, die Vorlage

nicht mit einer Solarpflicht an bestehenden Gebäuden zu überladen. Wichtig sei, dass die Versorgung mit einheimischer Produktion gestärkt werde, sagte Bundesrat Rösti, und zwar rasch.